



VCI-Bewertung

Konjunktur- und Zukunftsprogramm der Bundesregierung

Die Corona-Krise hat die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Im April brach die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 Prozent ein. Allerdings scheint nun der konjunkturelle Tiefpunkt erreicht. Die Stimmungsindikatoren versprechen ab Mai eine Besserung. Es bleibt allerdings die Frage, wie stark diese Erholung ausfallen wird. Denn Verbraucher und Investoren werden sich trotz der Lockerungen vorerst noch zurückhalten - in Deutschland, der EU und weltweit.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung mit einem Volumen von 130 Mrd. Euro oder fast 4 % des Bruttoinlandsprodukts von 2019 für die Jahre 2020 und 2021 soll die Stimmung im Lande drehen und Konsum und Investitionen stimulieren. Rund die Hälfte der Mittel soll bereits in diesem Jahr ausgegeben werden.

Nach Einschätzung des VCI wird das Maßnahmenpaket dazu beitragen, die Konjunktur zu beleben und die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu überwinden. Die in dem Maßnahmenpaket enthaltenen Vorschläge zur Stärkung des nachhaltigen Wachstums reichen aber bei weitem nicht aus, um Wachstum und Innovationen dauerhaft zu stimulieren und die industrielle Basis zu modernisieren. Denn zum einen wird die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes nicht nachhaltig gestärkt, so dass der Exportsektor nur wenig von einer Belebung der Weltwirtschaft profitieren kann. Zum anderen stimuliert der Staat im sogenannten „Zukunftspaket“ die Entwicklungsrichtung eindimensional und nicht technologieoffen.

Aus Sicht der Chemie- und Pharmaindustrie sind weitere industriepolitische Maßnahmen erforderlich, damit Deutschland und Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Was uns gefällt: Liquidität sichern, Steuern und Abgaben senken, Investitionen anreizen, öffentlichen Dienst stärken

Das Konjunkturpaket greift viele VCI-Vorschläge aus dem Papier „Aus Krise wird Zukunft: Unsere Top 5“ auf:

- **Ausweitung der Liquiditätshilfen:** Die Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer wird auf den 26. des Folgemonats verschoben. Der steuerliche Verlustrücktrag wird 2020 und 2021 erweitert.
- **Begrenzung der Energiekosten:** Ein zentraler Punkt im Konjunkturpaket ist der Einstieg in die Haushaltsfinanzierung der EEG Umlage. Ab 2021 wird ein Zuschuss aus Haushaltsmitteln des Bundes gezahlt und eine schrittweise verlässliche Senkung der EEG-Umlage angestrebt. So soll die EEG Umlage 2021 auf 6,5 ct/kwh und 2022 auf 6 ct/kwh gedeckelt werden. Damit kommt der von uns

seit Jahren geforderte Einstieg in die Haushaltsfinanzierung - denn gesamtgesellschaftliche Aufgaben gehören in den Bundeshaushalt. Zwei Aspekte bleiben jedoch auf der Agenda: Zum einen sinkt der Strompreis durch die Maßnahmen immer noch nicht auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Zum anderen muss noch ein Weg gefunden werden, dass das EEG durch die Haushaltsfinanzierung jetzt nicht wieder vollständig zur Beihilfe wird.

- Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung:** Im Rahmen ihres Zukunftspakets hat die Koalition beschlossen, den Fördersatz der steuerlichen Forschungszulage rückwirkend zum 1.1.2020 und befristet bis zum 31.12.2025 auf eine Bemessungsgrundlage von 4 Millionen Euro zu erhöhen. Damit verdoppelt sich die erzielbare maximale Gesamtförderung. Dies ist zwar für forschungsintensive Unternehmen immer noch nicht der von uns geforderte große Wurf, aber die Richtung stimmt. Wir wollen uns im nächsten Schritt dafür einsetzen, dass die Forschungszulage unbürokratisch zu erlangen ist und das Finanzvolumen der Förderung dauerhaft weiter ausgebaut wird.
- Deckelung der Sozialabgaben:** Durch höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt werden die Sozialversicherungsbeiträge bis 2021 bei maximal 40 Prozent stabilisiert. Das kommt Bürgern und Unternehmen gleichermaßen zugute.
- Senkung der Mehrwertsteuer:** Der Mehrwertsteuersatz wird befristet bis Ende des Jahres von 19 Prozent auf 16 Prozent bzw. von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt. Dies stärkt die Binnennachfrage und wird voraussichtlich insbesondere bei langlebigen Gütern durch Vorzieheffekte die Nachfrage stimulieren.
- Einstieg in eine nennenswerte Wasserstoffstrategie:** Die Bundesregierung wird kurzfristig eine „nationale Wasserstoffstrategie“ vorlegen. Vorgesehen sind u.a. Investitionszuschüsse, die Unterstützung des Betriebs von Elektrolyseanlagen auf Basis des „Carbon Contracts for Difference“ Ansatzes sowie die Befreiung der Produktion von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage.
- Stärkung der Resilienz im Gesundheitswesen:** Geplant ist u.a. die Förderung der Impfstoffentwicklung, eine Stärkung der inländischen Produktion wichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte sowie die Bevorratung mit medizinischer Schutzausrüstung.
- Stärkung von Kommunen und öffentlichem Dienst:** Vorgesehen sind u.a. Bundeszuschüsse an die Kommunen zur Kompensation von Steuerausfällen, die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, die Förderung des Kita-Ausbaus und des Ausbaus von Ganztagschulen.

Was noch fehlt: Impulse für ein nachhaltiges Wachstum über 2021 hinaus

Von den Vorschlägen zur Stärkung des nachhaltigen Wachstums (Zukunftspakt) ist allerdings vieles noch Stückwerk. Die Aufgabe der Politik, verkrustete Strukturen für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufzubrechen, ist mit dem Konjunkturprogramm nicht vom Tisch.

- Bürokratieabbau:** Die vorgesehenen Maßnahmen für Bürokratieabbau und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sollten zu einem ambitionierten Programm weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Behördenvertretern und Unternehmen war in den letzten Wochen vielerorts geprägt von gegenseitigem Verständnis und Entgegenkommen. Dies muss für die Zukunft erhalten und möglichst ausgebaut werden. Ermessensspielräume müssen auch in Zukunft durch die Verwaltung im Sinne von Pragmatismus und Flexibilität genutzt werden. Wo keine Ermessensspielräume vorhanden sind, sollten diese politisch geschaffen werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Verlängerung amtlicher Fristen, Flexibilität und Pragmatismus bei der Umsetzung von Regeln sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Neue Belastungen vermeiden:** Neue Gesetze und Regulierungen, die die Unternehmen finanziell, personell oder organisatorisch belasten, dürfen die Erholung gerade auch der mittelständischen Unternehmen nicht behindern. Sie sollten in der wirtschaftlich schwierigen Situation der nächsten Monate zurückgestellt werden. Hierzu zählen aus unserer Sicht z. B. Gesetzesvorhaben zum Unternehmenssanktionsrecht, zusätzliche Informationspflichten in der Lieferkette oder die Überlegungen zum Recht auf einen Heimarbeitsplatz.
- Leistungsfähige Infrastruktur:** Einzelne Maßnahmen wie die verstärkte Digitalisierung des öffentlichen Dienstes oder der Ausbau der Ladeinfrastruktur allein sind nicht ausreichend, um die Infrastruktur zu modernisieren. Hier sind über einen längeren Zeitraum hinweg deutlich höhere Investitionen erforderlich. Zur Stimulierung nachhaltigen Wachstums muss der Staat den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Energie, Verkehr, Digital-, Gesundheitswirtschaft, Bildung) beschleunigen. Dazu müssen die investiven Ausgaben der öffentlichen Hand für ein Jahrzehnt um mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Gerade der industrielle Mittelstand ist auch außerhalb von Ballungszentren auf das Breitbandnetz und ein leistungsfähiges Verkehrswegenetz angewiesen.
- Unternehmensteuerreform:** Der Reformstau im Unternehmenssteuerrecht muss aufgelöst und nachhaltige Strukturreformen müssen umgesetzt werden. Ziel muss sein, die Unternehmen in Deutschland zu halten und neue Investitionen anzureizen. Damit das gelingt, müssen die Unternehmensteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. (25 Prozent).

- **Investitionsanreize für eine nachhaltige Transformation:** Selektive Einzelmaßnahmen, wie die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, Kaufprämien für Elektrofahrzeuge oder Subventionen für die Modernisierung der Automobilindustrie können im Einzelnen hilfreich sein. Sie werden aber nicht ausreichen, die deutsche Wirtschaft in der Breite erfolgreich zu transformieren. Hier bedarf es technologieoffener Innovations- und Investitionsanreize für alle Wirtschaftszweige.